

# Erwachsenenschutz im Kanton Zürich

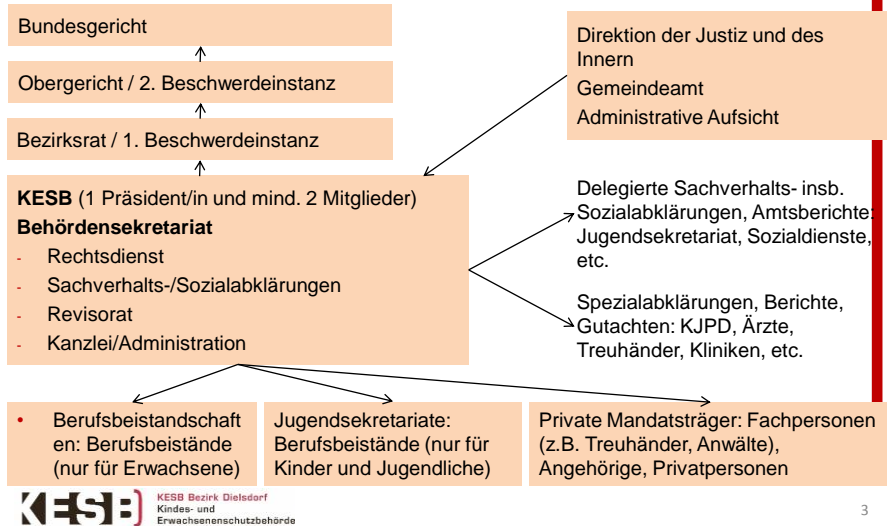
Fachverband Zusatzleistungen  
des Kantons Zürich  
21. Juni 2018

Lucien Brühlmann  
MAS Sozialarbeit und Recht,  
Behördenmitglied KESB Bezirk Dielsdorf

## Programm

- Organisation KESB im Kanton Zürich
- Verfahrensabläufe
- Grundlagen Erwachsenenschutzrecht
- Massnahmensystem
- Gefährdungsmeldung
- Einige statistische Zahlen
- Fallbeispiele

## Behördenorganisation Kanton Zürich



3

## KESB im Kanton Zürich

Aus 171 kommunalen Vormundschaftsbehörden wurden 13 KESB:

- 1 KESB (Stadt Zürich) weiterhin kommunal
- 1 KESB bezirksübergreifend
- 2 Bezirke in je 2 Kreise eingeteilt
- 7 KESB entsprechen den Bezirken

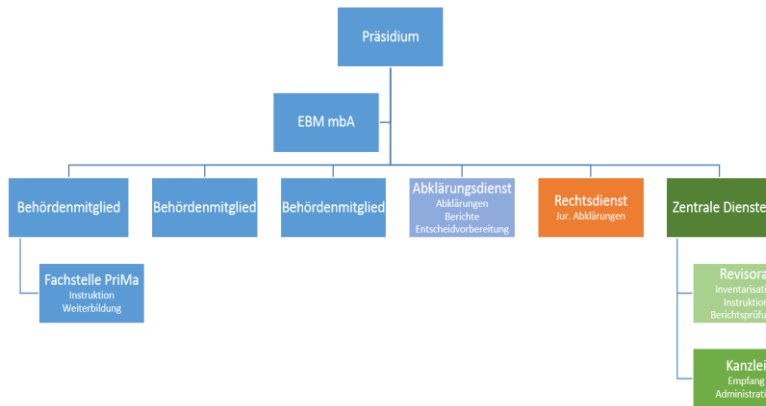


**KESB Bezirk Dietsdorf**  
Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

4

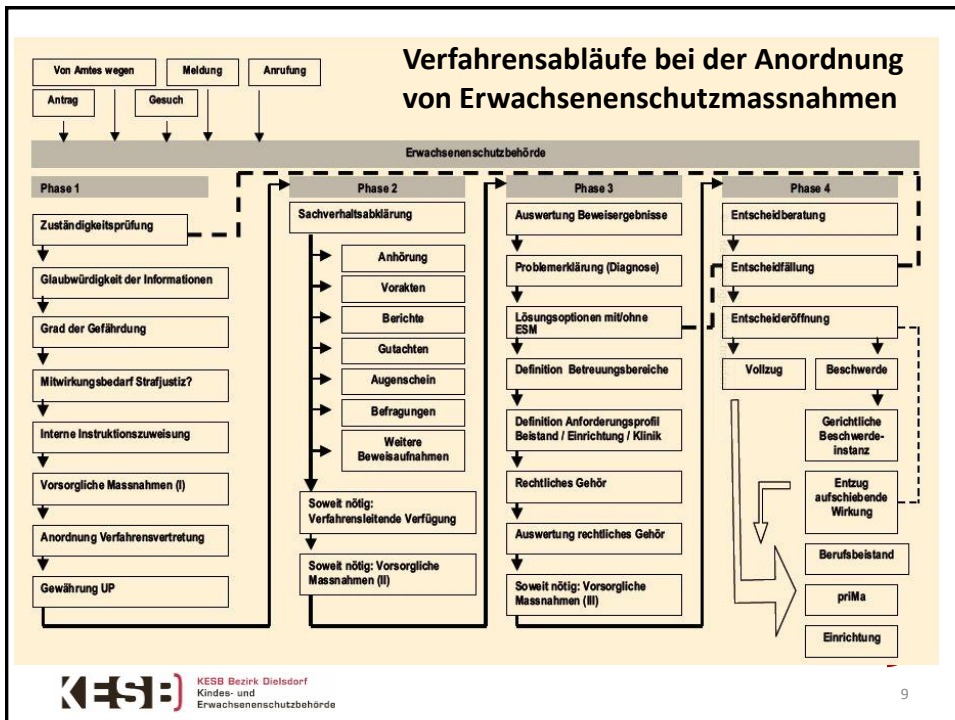


# Organigramm



## Systematik Erwachsenenschutzrecht

- Eigene Vorsorge und Massnahmen von Gesetzes wegen (Art. 360 - 387 ZGB)
- Behördliche Massnahmen (Art. 388 - 439 ZGB)
- Organisation (Art. 440 - 456 ZGB)



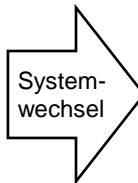
## Eigene Vorsorge und Massnahmen von Gesetzes wegen für urteilsunfähige Personen

- Eigene Vorsorge
  - Vorsorgeauftrag Art. 360 – 369 ZGB
  - Patientenverfügung Art. 370 – 373 ZGB
- Massnahmen von Gesetzes wegen für urteilsunfähige Personen
  - Vertretung durch den Ehegatten, die eing. Partnerin oder den eing. Partner Art. 374 – 376 ZGB
  - Vertretung bei medizinischen Massnahmen Art. 377 – 381 ZGB
  - Aufenthalt in Wohn- und Pflegeeinrichtungen Art. 382 – 387 ZGB

## Neues Massnahmesystem für Erwachsene

### Früher: starre Massnahmen

Beistandschaft «S»  
Beiratschaft «M»  
Vormundschaft «L»



### Heute: Massgeschneiderte Massnahmen

Begleitbeistandschaft «XS»  
Vertretungsbeistandschaft «S»  
Mitwirkungsbeistandschaft «M»  
Umfassende Beistandschaft «L»

→ Höhere Anforderungen an Abklärungen

## Massnahmearten I

- Begleitbeistandschaft (Art. 393 ZGB)
  - Zur Unterstützung in persönlichen Angelegenheiten
  - Kein Vertretungsrecht
  - Voraussetzung: Urteilsfähigkeit und Zustimmung
  - Keine Einschränkung der Handlungsfähigkeit
- Vertretungsbeistandschaft (Art. 394 / 395 ZGB)
  - Überall, wo Vertretung notwendig und möglich (Personen und/oder Vermögenssorge und/oder im Rechtsverkehr); im Besonderen für Vermögensverwaltung
  - Zustimmung nicht erforderlich (auch gegen den Willen möglich, z.B. bei Einkommensverwaltung)
  - Handlungsfähigkeit kann eingeschränkt werden

## Massnahmearten II

- Mitwirkungsbeistandschaft (Art. 396 ZGB)
  - Zustimmung zu konkret umschriebenem Rechtsgeschäft
  - Kein Vertretungsrecht (gemeinsames Handeln)
  - Voraussetzung: urteilsfähige Person
  - Handlungsfähigkeit eingeschränkt
- Kombinierte Beistandschaft (Art. 397 ZGB)
  - Die oben aufgeführten Beistandschaften können je nach Bedarf kombiniert werden
- Umfassende Beistandschaft (Art. 398 ZGB)
  - Nachfolgemassnahme der Vormundschaft
  - Umfassender Auftrag bei Personensorge, Vermögenssorge und Rechtsverkehr
  - Voraussetzung: «besondere Hilfsbedürftigkeit»
  - Handlungsfähigkeit entfällt von Gesetzes wegen

## Gefährdungsmeldung I

- Grundsätzliches
  - Einschneidend für Betroffene
  - Nichts überstürzen / Zeitfaktor
  - Erst wenn freiwillige Bemühungen erfolglos (Subsidiarität)
    - Pro Senectute, Pro Infirmis, Sozialdienste, etc.
  - Informelle Rückfrage KESB möglich
  - Betroffene informieren
  - Freiwilliger Erwachsenenschutz hat Vorrang (Sozialdienste)
- Rechtliches
  - Keine einheitliche Definition
  - Schriftlich, mündlich
  - Offizialmaxime
  - Untersuchungsmaxime

## Gefährdungsmeldung II

### Inhaltliches

- Personalien
- Angabe über Gefährdung und Schutzbedürftigkeit
- Angaben zum Umfeld der betroffenen Person
- Bisherige Lösungsversuche
- Information
- Angaben zur meldenden Person
- Beilagen

## Gefährdungsmeldung III

### Folgen einer Gefährdungsmeldung?

- Meldung löst rechtliches Verfahren aus
  - Zuständigkeitsprüfung
  - Abklärungen
  - **Parteirechte:** Akteneinsicht, Rechtliches Gehör/Anhörung
  - Abschluss mit **Entscheid**
  - Beschwerdemöglichkeit
- Meldende Person hat keinen Anspruch auf Information über Verfahren (Amtsgeheimnis)



## Melderechte und Meldepflichten

- Antragsrecht Art. 390 Abs. 3 ZGB
  - Die Beistandschaft wird auf Antrag der betroffenen oder einer nahestehenden Person oder von Ämtes wegen errichtet.
  - Folge: Verfahren der KESB
- Melderechte und -pflichten Art. 443 ZGB
  - Jede Person kann der Erwachsenenschutzbehörde Meldung erstatten, wenn eine Person hilfsbedürftig erscheint. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über das Berufsgeheimnis. **(Melderecht)**
  - Wer in amtlicher (Polizei, Gemeindebehörden) Tätigkeit von einer solchen Person erfährt, ist meldepflichtig. Die Kantone können weitere Meldepflichten vorsehen. **(Meldepflicht)**
- Änderung ZGB vom 15.12.2017 (Kindesschutz)

## Problematik

- Meldepflicht
  - Gefährdung Vertrauensverhältnis
  - Vertraulichkeit als Voraussetzung für Einlassung der Hilfsbedürftigen auf Hilfeprozess
- ⇨ Güterabwägung ist immer nötig
  - Vertrauensverhältnis kontra Schutz- und Hilfsbedürftigkeit
  - Weitreichende Konsequenzen
  - Informationsrechte/Informationspflichten
  - Zeitfaktor
  - Koordination Helfernetz

## Aus dem Alltag der KESB

- **Beispiel aus der Praxis (1)**
  - Frau Maria B. ist 88 Jahre alt
  - Sie lebt seit einem halben Jahr im Altersheim
  - Die Leitung des AH hat eine Massnahme beantragt, weil die Rechnungen nicht bezahlt sind
  - Frau B. hat keine Angehörigen in der Nähe

## Aus dem Alltag der KESB

- Abklärungen der KESB
  - Bestellung Amtsbericht bei Gemeinde
  - Einholung Steuerinformation
  - Anhörung Maria B. im Altersheim
  - Rücksprache Heimleitung/Stationsleitung
  - Einholung Arztbericht
  - Anfrage Beistand (Berufsbeistand oder PriMa)
  - Ev. rechtliches Gehör (Art der Massnahme, Person des Beistandes)
- Entscheid KESB
  - Versand an betroffene Person, Beistand/Beiständin
- Rechtsmittelmöglichkeiten (BR, OG, BGe)

## Aus dem Alltag der KESB

- **Entscheid KESB**
  - kombinierte Beistandschaft nach Art. 397 i.V.m. Art. 393, 394 und 395 ZGB
  - Aufgaben für Beistand:
    - Begleitung in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Tagesstruktur
    - Vertretung in den Bereichen Administration, Finanzen
- **Arbeitsaufnahme Beistand/Beiständin**
  - Eingangsinventar erstellen
  - Berichterstattung in zwei Jahren

## Aus dem Alltag der KESB

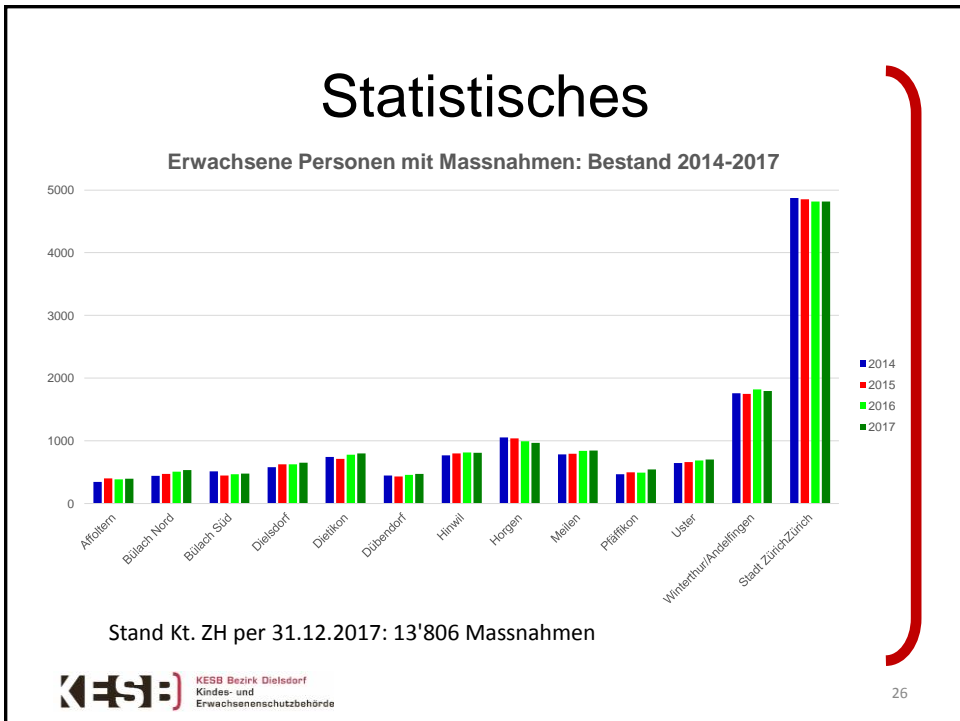
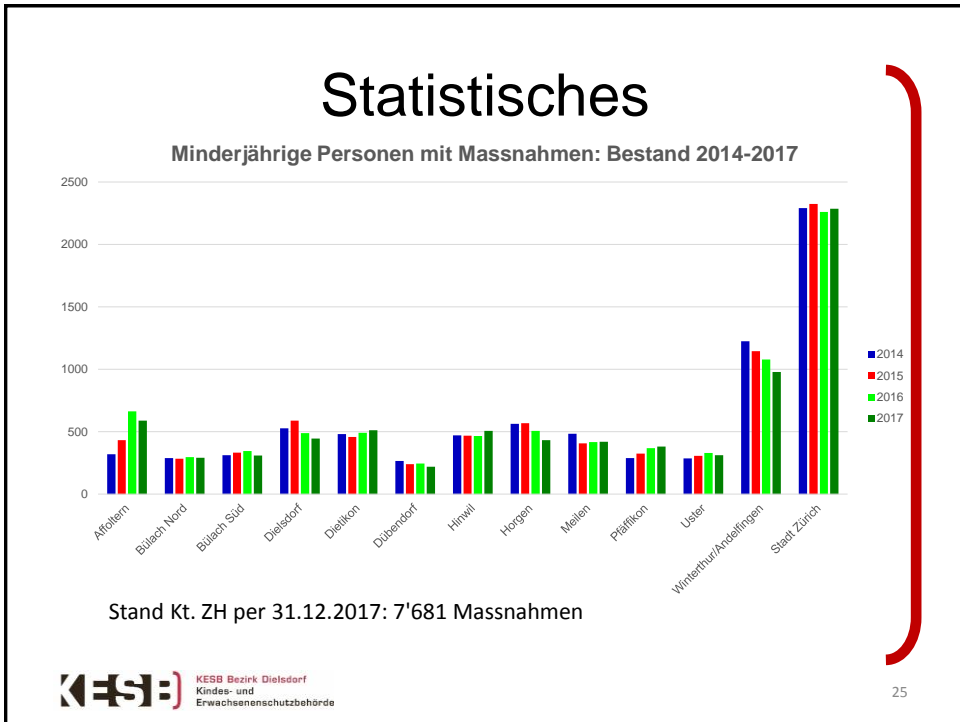
- **Beispiel aus der Praxis (2)**
  - Herr Heinz M. ist 75 Jahre alt
  - Wohnt im Altersheim
  - ZL-Stelle erhält Antrag von Angehörigen
  - Diverse Schenkungen an Kinder, undurchsichtige Vermögensabflüsse, Darlehen, Liegenschaften, fehlende Angaben
  - Bevollmächtigung unklar
  - ZL-Stelle macht Gefährdungsmeldung an KESB

## Aus dem Alltag der KESB

- Abklärungen der KESB
  - Bestellung Amtsbericht bei Gemeinde
  - Einholung Steuerinformation
  - Rücksprache ZL-Stelle
  - Anhörung Kinder und Heinz M.
  - Rücksprache Heimleitung
  - Arztbericht einholen
    - Urteilsfähigkeit nicht mehr gegeben, kann Vollmachten nicht mehr überwachen (beginnende Demenz)
  - Anfrage Beistand (Berufsbeistand oder PriMa)
  - Ev. rechtliches Gehör (Art der Massnahme, Person des Beistandes)
- Entscheid KESB
  - Zustellung an Heinz M. und Beistand
- Rechtsmittelmöglichkeiten (BR, OG, BGe)

## Aus dem Alltag der KESB

- Entscheid KESB
  - Vertretungsbeistandschaft mit Vermögensverwaltung nach Art. 394 i.V.m Art. 395 ZGB
  - Aufgaben für Beiständin/Beistand:
    - Vertretung in den Bereichen Wohnen, Administration und Finanzen
    - Klärung der Vermögensabflüsse
  - Bereich Gesundheit wird den Kindern gemäss Art. 378 ZGB überlassen
- Arbeitsaufnahme Beistand/Beiständin
  - Eingangsinventar erstellen
  - Berichterstattung in zwei Jahren



# Statistisches

## Private Mandatsträger/innen

| Kanton Zürich  | 2015  |                   | 2016  |                   | 2017  |                   |
|----------------|-------|-------------------|-------|-------------------|-------|-------------------|
|                | MT    | betreute Personen | MT    | betreute Personen | MT    | betreute Personen |
| Privatpersonen | 3'672 | 4'273             | 3'860 | 4'275             | 3'739 | 4'303             |
| Fachbeistände  | 227   | 480               | 263   | 565               | 291   | 635               |
| Total          | 3'899 | 4'753             | 4'123 | 4'840             | 4'030 | 4'938             |

# Statistisches

## Verfahren

| Verfahren Kanton Zürich | Bestand 1.1.2017 | Zugänge | Abgänge | Bestand per 31.12.2017 |
|-------------------------|------------------|---------|---------|------------------------|
| Minderjährige Personen  | 5'479            | 19'358  | 19'733  | 5'104                  |
| Erwachsene Personen     | 4'889            | 23'975  | 23'525  | 5'339                  |
| Total                   | 10'368           | 43'333  | 43'258  | 10'443                 |

# Statistisches

## Unterbringung Minderjähriger

| Kanton Zürich                              | 2014    | 2015    | 2016    | 2017    |
|--|---------|---------|---------|---------|
| Unterbringungen                            | 939     | 872     | 831     | 781     |
| Bevölkerung<br>(minderjährige<br>Personen) | 254'913 | 258'881 | 263'244 | 267'237 |

# Statistisches

## Stellen KESB

| Kanton Zürich  | Behörden-<br>mitglieder |       | Fachdienste |        | Admini-<br>stration |        | Total  |        | Auditoren/<br>Praktikanten |       |
|----------------|-------------------------|-------|-------------|--------|---------------------|--------|--------|--------|----------------------------|-------|
|                | SOLL                    | IST   | SOLL        | IST    | SOLL                | IST    | SOLL   | IST    | SOLL                       | IST   |
| Anzahl Stellen | 58.35                   | 55.49 | 101.36      | 102.57 | 109.90              | 109.13 | 269.61 | 267.19 | 11.10                      | 12.86 |

# Fragen aus der Praxis

